



Arnold: Defizite bei Unterrichtsversorgung weiter abbauen

Verbesserungen sind erreicht – Mehr Personalverantwortung für die Schulen - In einer Landtagsdebatte zum Thema Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretungen an den Schulen in Baden-Württemberg sagte die stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Birgit Arnold:

„Ein Blick auf die Stichprobenerhebung zur Unterrichtsversorgung vom November 2009 zeigt eine Verbesserung vor allem bei den beruflichen Schulen und den Förderschulen, die bislang beide die Sorgenkinder im Bereich des Unterrichtsausfalls gewesen sind. Im Bereich der beruflichen Schulen sank der Unterrichtsausfall von 4,5 auf 3,6 Prozent. Dabei ist die Situation an den beruflichen Schulen in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung zu sehen. Deshalb zeigt sich auch im laufenden Schuljahr: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Teilzeitberufsschulen ist nach ersten Schätzungen um 5900 zurückgegangen, wohingegen sie im Vollzeitschulbereich um etwa 2000 gestiegen ist. Um diese Entwicklung aufzufangen, hat die Landesregierung zusätzliche 100 Stellen für die beruflichen Schulen geschaffen. Die Senkung des Klassenteilers wird zu weiteren 150 Deputaten für die beruflichen Schulen führen. Und obwohl die neueste Schülerprognose im beruflichen Bereich mit sinkenden Schülerzahlen für das nächste Schuljahr rechnet, bleiben die rechnerisch frei werdenden 180 Stellen im System. Dennoch bereitet der FDP/DVP-Fraktion das strukturelle Defizit große Sorgen. Wir treten deshalb dafür ein, dass wir nicht nur die demographische Rendite in den nächsten Jahren nutzen und frei werdende Stellen bei den beruflichen Schulen belassen, sondern die Stellen durch Umschichtungen weiter aufstocken. Unser Augenmerk richten wir Liberalen darüber hinaus vor allem auf die zunehmende Flexibilität im Stellenausschreibungsverfahren. Um die Lehrerinnen und Lehrer frühzeitig zu binden und die Planungssicherheit für die Schulen zu erhöhen, beginnt die Ausschreibung für Stellen an den Gymnasien und beruflichen Schulen nun bereits im November vor dem jeweiligen Einstellungstermin. Zugleich wurden allgemein das Listenauswahlverfahren, die Sonderausschreibung und das Nachrückverfahren vorgezogen. Durch diese Maßnahme gelang es, im Jahr 2009 3000 Lehrerinnen und Lehrer frühzeitig im Land zu binden. Gleichzeitig wünschen wir uns in dieser Frage, dass für alle Schularten die Stellenausschreibungen bereits im November beginnen. So sind beispielsweise die Realschulen, bei denen unter anderem die Klassenteilersenkung zu erheblichem Personalbedarf führt, hierauf dringend angewiesen. Mehr Flexibilität gilt es auch für Direkt- und Seiteneinstiege zu schaffen. Dieses bisher schon erfolgreiche Instrument sollte auf weitere Mangelfächer und Schularten ausgedehnt werden. Unser Ziel ist insgesamt die Personal- und Budgethoheit für die Schulen vor Ort. Wir sind davon überzeugt, dass manches Problem, das wir im Moment durch die Verteilung über einen



großen Apparat haben, vor Ort flexibler und effizienter gelöst werden könnte. Gerade im Bereich der Krankheitsvertretungen ist eine stärkere Personal- und Budgetverantwortung der Wunsch vieler Schulleiter. Aus unserer Sicht ist die Angelegenheit nicht vorrangig ein Problem der bereitgestellten Ressourcen, sondern eher ein Problem ihrer Verteilung.“